

Das sagt die CDU zum Thema Gesundheit

Für die CDU Tempelhof-Schöneberg ist eine Gesundheitsversorgung im ambulanten und stationären Bereich, die die gesetzlichen Leistungen und Angebote allen Bürgern - Jung und Alt, Arm und Reich - gleichermaßen in der Nähe Ihrer Wohnung anbietet, von herausragender Bedeutung. Das gute Angebot im Bezirk ist aufrechtzuerhalten.

Die CDU fordert daher:

- Die drei großen Kliniken in unserem Bezirk (AVK, Wenckebach- und St. Josef-Krankenhaus) sollen für die stationäre Versorgung unserer Bürger erhalten bleiben.
- Die **Notfallambulanzen** müssen erhalten und gegebenenfalls ausgebaut werden. Wir wollen auch die teilweise unzumutbaren Wartezeiten reduzieren.
- Eine **wohntnahe Versorgung mit Hausärzten** „um die Ecke“ und die benötigten Fachärzte gemäß der Altersstruktur der Bevölkerung sind sicherzustellen.
- Das von der CDU forcierte Versorgungsstrukturgesetz soll auf Bezirksebene umgesetzt werden.
- Praxen und Kliniken sollen besser vernetzt werden, zum Beispiel im Bereich der Onkologie (Nachsorge) sowie in der psychiatrischen Versorgung (ambulant vor stationär!).
- Die gesetzlich vorgeschriebenen **Vorsorgeuntersuchungen für Kleinkinder** halten wir für eine gute Regelung. Für den Besuch von Kindergärten möchten wir das Vorliegen aller nötigen Schutzimpfungen zu einer Pflicht machen.
- Das Alkoholverbot auf Spiel- und Bolzplätzen ist auf besondere öffentliche Orte im Bezirk auszuweiten: In Schulen und unmittelbar davor ist ein striktes Alkohol- und Rauchverbot zu prüfen.
- Wegen des Zusammenlebens vieler Menschen auf engstem Raum in den Flüchtlingsunterkünften halten wir die Durchführung von **Grippe-Schutzimpfungen bei Flüchtlingen** für sinnvoll. Auf diesem Weg soll eine übermäßige Ausbreitung der Grippe verhindert werden.
- An allen Schulen im Bezirk sollen regelmäßig im Jahr Gesundheitstage zu Zahnprophylaxe, gesunder Ernährung und Bewegung durchgeführt werden. Bei der Planung und Durchführung sind auch die Eltern fest einzubinden.
- Auf den Internetseiten des Gesundheitsamtes soll für die Bürgerinnen und Bürger eine Übersicht über alle laufenden **Präventionsangebote des Gesundheitsamtes** erstellt werden. Dadurch soll es einfacher werden, das jeweils gewünschte Angebot zu finden. Darüber hinaus sind alle Präventionsangebote regelmäßig zu evaluieren.



Ärgerliches Dauerproblem: lange Wartezeiten in Notfallaufnahmen

Die Wartezeiten in Notaufnahmen der Berliner Krankenhäuser, somit auch in Tempelhof-Schöneberg, liegen in der Regel immer noch bei 4-6 Stunden. Insbesondere fällt auf, dass die Anzahl der Notfallpatienten an Tagen wie Mittwoch und Freitag nach 12 Uhr sowie an den Wochenenden steigt, da die niedergelassenen Ärzte nicht verfügbar sind.

Einige Patienten gehen auch bewusst in die **Notaufnahme der Krankenhäuser**, da sie an einem Standort die Diagnostik erfahren wollen. Als kranker Mensch fehlt die Kraft, mehrere Standorte anzulaufen und x-Termine zu vereinbaren. Ein weiterer Anstieg der Notaufnahmen erfolgt durch Flüchtlinge, die aus den Flüchtlingseinrichtungen in die Notaufnahmen der Krankenhäuser verwiesen werden. Um Wartezeiten messbar zu machen, nutzen Kliniken bereits das Manchester-Triage-System (Abarbeitung der Patienten gemäß Erfassung Schmerzskala). Für die Wichtigkeit der Messbarkeit der erlebten **Wartezeit** ist eine einheitliche Berliner Regelung sinnvoll.

Die CDU fordert daher:

- Die Einrichtung einer "Koordinationsstelle" zwischen Praxen und Kliniken zur Steuerung des Ansturms in den Notfallaufnahmen soll geprüft werden.
- Die ambulante ärztliche Versorgung durch **niedergelassene Ärzte** an den Mittwoch- und Freitagnachmittagen sowie an den Wochenenden soll erweitert werden (spezielle Praxen/MVZ). Die Geschäftsführer der Kliniken sollen ein einheitliches und messbares Bewertungsinstrument einführen sowie die Ergebnisse transparent kommunizieren.
- Medizinische Versorgungszentren mit **Notfallpraxen** sollen erweitert werden, so dass multiple Diagnostik unter einem Dach erfolgen kann.

Fachärztliche Versorgung im Bezirk

Die Versorgung mit **Fachärzten** schwankt von Bezirk zu Bezirk.



Die CDU fordert daher:

- Die Kassenärztliche Vereinigung Berlin (KV) sorgt auch in unserem Bezirk dafür, dass eine ausreichende fachärztliche Versorgung mit niedergelassenen Ärzten in stationären Pflegeheimen erfolgt.
- Für eine bessere Transparenz benennt die KV über die KV-Plattform niedergelassene Ärzte, die für die Versorgung von Heimbewohnern zur Verfügung stehen.